

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. - Bezugspreis ortsfremdlich durch die Post 2.40 Mark. - An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. - Einzeln in der Reichs-Postkarte unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telefonnummer 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. - Anzeigengebühr für die dreispaltige Kleinzeile 2.- M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 10. April 1920.

24. Jahrgang

50000 Leser.

Mit dieser Nr. 15 hat die Auflage des „Steinarbeiter“ 50000 überschritten, das ist für unsere Organisation ein freudiges Ereignis. Nun heißt es in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern tüchtig und unermüdet zu werben, damit die Mitgliederzahl dem bald nachfolgt. In keinem Betriebe der Steinindustrie darf das Verbandsorgan fehlen; in keinem Betriebe darf es noch Kollegen geben, die von der Organisation abseits stehen. Die Vorgänge auf politischem Gebiet, die fortgesetzte Preissteigerung aller Lebenshaltungskosten und die damit in Einklang zu bringende Entlohnung; die sich vollziehenden Wahlen im Sinne des Betriebsrätegesetzes; die jetzige Jahreszeit, wo alles von neuem knospet, keimt und grünt, immer und überall gibt es Anregung für die Berufsorganisation! Es gilt die Interessenvertretung — den Verband — der Steinarbeiter Deutschlands immer einflussreicher und schlagkräftiger zu gestalten. Die Vorbedingung dazu ist: die Berufskollegen aus dem Steinbruch, vom Werkplatz und aus den Werkstätten; vom Steinmehrer bis zum Hilfsarbeiter, ob männlich oder weiblich, möglichst vollständig zu vereinigen! Darum Kollegen auf! Zu neuer Arbeit! Zu neuen Erfolgen!

Lohnbewegungen.

Beantragte Teuerungszulage für die Schleifereibetriebe.

Am 30. März hat die Verbandsleitung beim Verband deutscher Granitwerke, Karlsruhe, Teuerungszulage in folgender Höhe beantragt: ab 1. April 1920 280 Prozent, ab 15. April 330 Prozent, ab 1. Mai 350 Prozent.

Die Stundenlöhne sollen in den einzelnen Bezirken selbst geregelt werden. Der Verband deutscher Granitwerke hat schnellste Verhandlung zugesagt.

Gespart sind: Betrieb der Firmen Heinrich Franz und Schumann, Oberhausen. Blag Schelle, Klenburg a. Wefer. Schleifereibetrieb Fa. Gebr. Kerber, Tilling. Dymal-Basaltwerke in Dettenberg.

Streit:

In Elberghen (Pflastersteinarbeiter), in Dresden, Brauen (Sandsteinmehrer), Beulien (D.-Schl.).

Jung W fernzubehalten:

nach Trier (Marmorindustrie), Guben, Landsberg und Straubing (Niederbayern), Wschaffenburg, Steinbruch Hagen-Umbrod der Firma n. Krüchten, Zählstelle Döfster, Dramburg (Pommern), Heppenheim. Die Verhandlungen über den neuen Bezirkstarif für die Steinmehrerarbeiten sind noch nicht beendet. Osnabrück. Firma Heilmann u. Brandt beschäftigt tarifbrüchige Kollegen.

Cranswalle. Der Betrieb „Oberlaufiger Steinindustrie von Otto Krage“ ist wegen Nichtzahlung des Tarifs bis auf weiteres gesperrt.

Bezirkstarif für den Westerrhein und die Betriebe am Rhein. Die Verhandlungen in Altkirchener bringen kein befriedigendes Ergebnis. Der Schlichtungsausschuss zu Bonn wurde angerufen.

Bezirkstarif für das Oberberg-Gebiet. Verhandlungen in Runderath verliefen resultatlos. Schlichtungsausschuss in Köln wurde angerufen.

Ereilgte Bewegungen.

Ulm a. D. Die Stundenlöhne für die Kollegen wurden seit Mitte März um 35 Pf. und für die Kolleginnen um 20 Pf. erhöht.

Coblenz. Die Verhandlungen brachten eine Einigung. Der Stundenlohn für Steinmehrer und Marmorarbeiter beträgt ab 1. März 4.75 Mark. Die Vereinbarung gilt bis 1. Mai.

Magdeburg. Nach längerer Dauer konnte der Streit mit Erfolg beendet werden, auf die bisherigen Lohnsätze werden 30 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Löhne der Steinmehrer betragen ab 1. April 4.70 Mark, ab 15. April 5 Mark. Ferienfrage und die Frage der 45stündigen Arbeitswoche sollen in Kürze geregelt werden.

Bamberg. Nach Bewilligung eines erhöhten prozentualen Teuerungszuschlages konnte der Streit beigelegt werden.

Waldburg (Schlei). Die Sperre für unseren Zahlstellenbereich ist aufgehoben. Die Löhne wurden für ledige und verheiratete Kollegen von 3 Mark bis 3.30 Mark festgelegt.

Kappelrodt. Die Teuerungszulage wurde von 250 auf 320 Proz. erhöht mit Wirkung vom 1. April. Steinmehrer erhalten 4 Mark, Hilfsarbeiter 3 Mark Stundenlohn. In Bräunchen, die mehr als 3 Kilometer von Orschafingen abgelegen sind, erhält jeder Arbeiter 20 und 30 Pf. Zulage pro Stunde.

Beetz Süd-West-Sachsen. Auf den am 14. Januar 1920 abgeschlossenen Bezirkstarif für Schotter- und Pflastersteinerwerke wird die Teuerungszulage ab 3. April bis 15. Mai auf 65 Prozent erhöht.

Weßelsburg. Durch Schiedsspruch des Schlichtungs-Ausschusses wurde der Stundenlohn für Steinmehrer auf 3.50 Mark, für Hilfsarbeiter auf 2.70 bis 2.90 Mark erhöht. Beim Akkordtarif beträgt die Zulage 400 Prozent. Die neuen Lohnsätze werden ab 13. März berechnet.

Meißen II. Die Stundenlöhne betragen ab 1. Februar 1920 für Brecher und Boffierer 2.10 Mark, Schmiede 2.15 Mark, Bohrer und Buchsteinhämmer 2.05 Mark, Hilfsarbeiter 2 Mark. Ab 1. März für dieselben Gruppen: 2.40, 2.50, 2.30, 2.20 Mark. Die Akkordpreise erhöhen sich an beiden Terminen im selben Verhältnis wie die Stundenlöhne. Eine neue Lohnforderung ist bereits eingereicht.

Nürnberg. Streit der Grabsteinarbeiter beendet. Die Unternehmer haben ab 1. März 4 M. Stundenlohn bewilligt. Die Rückwirkung für Februar wird durch Schiedsspruch erledigt. In Fürth b. Nürnberg hat ein Arbeitgeber den Nürnberger Beschlus angenommen, im übrigen geht der Streit in Fürth weiter. Die betreffenden Kollegen sind größtenteils anderweitig untergebracht.

Existenzminimum im März 1920.

Von Dr. R. Kuehnast, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Hoffnung, daß nach der starken Preissteigerung im Januar und Februar ein Stillstand eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk usw. sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin z. B. kostete im März Brot 5½ mal soviel wie vor

dem Kriege, Zucker 6mal soviel, Gas 8mal soviel, Milch 8mal soviel, Briketts 11mal soviel, Kartoffeln, Butter und Margarine 12mal soviel, Schmalz 22mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 50mal so teuer wie vor sechs Jahren (1 Pfund im März 1914: 22 Pf., März 1920: 12 Mark). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Sechsfache. In den vier Wochen vom 1. bis 28. März wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis März 1920	Preis März 1914
5000 g Brot	1096	198
100 g Feigwaren	24	8
1775 g Nahrungsmittel	465	78
200 g Hülsenfrüchte	80	8
8000 g Kartoffeln	480	40
1000 g Fleisch	1613	160
80 g Butter	272	22
270 g Margarine	513	43
490 g Schmalz, Bratfett	1651	78
750 g Zucker	210	35
500 g Fruchtmus	370	30
	6774	695

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 67.74 Mark zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 6.95 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 200 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 x 2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 - 11 200 = 5600 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billigt tun, indem sie sich 1½ Pfund Sagerflocken für 4.50 M., 9 Pfund Gemüse für 2.70 M., 1 Pfund Marmelade für 4 M. und ½ Pfund Erbsen für 2.70 M. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 31 M. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 x 3000 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch ¾ Pfund Erbsen für 2.70 M., ½ Pfund Margarine für 11.25 M., ¾ Reis für 6 M., 1 Pfund Salzhering für 5.25 M., 1 Pfund Nusseln für 2.50 M. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 59 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 124 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung und 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas (was alles für den Kleinstehenden reichlich ist, aber durch seine hier nicht berücksichtigten Mehrausgaben im Wirtschaftshaus aufgewogen wird), so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 6 M., für Heizung 13.50 M., für Beleuchtung 6 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 45 M., Frau 30 M., Kind 15 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrlohn, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	mit 2 Kindern
Ernährung	59	90	124
Wohnung	6	6	6
Heizung, Beleuchtung	20	20	20
Bekleidung	45	75	105
Sonstiges	33	48	64
	163	241	321

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 53 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8600 M., für das kinderlose Ehepaar 12 600 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 700 M.

Vom März 1914 bis zum März 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16.75 M. auf 165 M., d. h. auf das 9,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,80 M. auf 241 Mark, d. h. auf das 10,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 321 M., d. h. auf das 11,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9-10 Pf. wert.

Was wir durch die Zerstörung des Volkshauses verloren haben.

Durch die Zerstörung des Volkshauses durch die Reichswehrtruppen am 19. März hat unser Verband wie bereits in Nr. 12/13 berichtet wurde, unerlässliche Werte verloren. Beginnen wir ohne jegliche Einleitung gleich mit einer Aufzählung über das, was in der Redaktion als Verlust zu beklagen ist:

Die gesamte Redaktionsbibliothek, enthaltend wichtige Werte über Volkswirtschaftslehre, Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, verschiedene Legiken, eine umfangreiche Literatur über das Tarifwesen, die wichtigsten Gesetzestexte, sämtliche Protokolle der Gewerkschafts-Kongresse und der Sitzungen über Vorstandskonferenzen. Wir hatten eine umfangreiche Sammlung der steinindustriellen Zeitschriften „Steinbruch“, „Steinbildhauer“, „Steinbildhauer-Journal“, Monatschrift der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, zurückgehend bis zum Jahre 1902, gesammelt. Die alten Verbandszeitschriften der Bauarbeiter vom Jahre 1885 fielen auch der Vernichtung anheim. Es läßt sich in einzelnen nicht aufzählen, was uns an wertvollen Büchern verloren gegangen ist.

Schreiber dieser Zeilen hat seit seinem Amtsantritt 1902 mit großem Fleiß alle Monographien über die verschiedenen Gruppen in der Steinindustrie gesammelt, so über die wirtschaftliche Bedeutung der Granitindustrie, des Basalts, des Trach, der Marmor- und Kalksteinindustrie, des Basaltstuffs usw. Diese Monographien sind geradezu unerlässlich, und es fehlt uns jede Informationsquelle über die verschiedenen Gruppen in der deutschen Steinindustrie.

Weiter beklagen wir den Verlust einer äußerst umfangreichen geologischen Bibliothek. Es handelt sich hier um ältere und neuere Werke, von denen die ersteren kaum wieder beschaffen werden können. Die Redaktion war auch im Besitze einer sehr umfangreichen Katalogsammlung der bedeutendsten Denkmalschriten und Grabsteinkünstler. Es hat große Mühe gekostet, diese Kataloge herein zu bekommen, und wir haben in hunderten von Fällen unseren Kollegen, die sich selbstständig machen, durch Überlassung einzelner Werke manchen wertvollen Dienst erweisen können. Die Redaktion faßte ihre Aufgabe so auf, daß sie meinte, journalistisch nur dann die Interessen der Kollegen in vollem Umfange wahrnehmen zu können, wenn ihr die Vorgänge auf dem wirtschaftlichen und künstlerischen Gebiete hinreichend bekannt waren. Und das konnte nur geschehen, wenn die umfangreiche geologische Literatur und die erwähnten Kataloge zur Stelle geschafft wurden. Hierzu ist zu bemerken, daß ein großer Teil dieser vorgenannten Bücher aus Privatmitteln des Redakteurs beschafft werden sind.

Definiert ist auch die beinahe flackernde Literatur über den deutschen Bauarbeiterstand und den bezugsfähigen Protokollen. Beinahe wären wir aber um den Verlust des statistischen und wissenschaftlichen Materials über die Berufsstruktur unserer Kollegen. Wir hatten alle einschlägigen Zeitschriften über die Berufsstruktur zur Hand. Die wichtigsten Zeitungsartikel, die sich mit dieser Frage beschäftigten, sowie alle Veröffentlichungen der Ärzte über die unter den Steinarbeitern grassierende Krankheit hatten wir gesammelt. Außerdem besaßen wir die Stenogramme des Reichstages und der verschiedenen Bundesparlamente, wie sie damals noch genannt wurden, die auf die Frage des Steinarbeiterstandes Bezug nahmen. All dieses Material konnte nur durch sehr lange Arbeit und mit großem Fleiß ohne Rücksichtnahme auf die Kosten, die meist persönlich getragen wurden, zusammengetragen werden.

Kollege Braun, unser ehemaliger Gauleiter in Karlsruhe, hatte wohl an die 100 Staubsorten der Sandsteine aus allen Gegenden Deutschlands zu Ausstellungszwecken zur Verfügung gestellt. Auch dieses Material, welches für uns wissenschaftlichen Wert hatte, wurde vernichtet.

Größt ist der Schaden, den Schreiber dieser Zeilen durch den Verlust der Gesteins-, Mineralien- und Petrofaktensammlung erlitten hat. In Friedenszeiten würde diese Sammlung schon einen Wert von etwa 5000 Mark haben. Nun können sich die Kollegen leicht ausrechnen, wie hoch heute die Anschaffungskosten dieser vorgenannten Gesteine, Mineralien und Petrofakten sein würden. Wir hatten sämtliche deutsche Gesteinsarten zur Hand, eine Sammlung, wie sie selbst irgendeine Universität kaum aufweisen konnte. Von der Graniten besaßen wir beachtliche Blöcke 12 x 7 x 1½ Zentimeter, ringförmig geschliffen und die obere Fläche poliert. Wurde an den Vorstand irgendeine Anfrage gestellt, so waren wir sofort im Bilde über die Herkunft des Gesteins, über dessen Mächtigkeit, dessen Lagerung, dessen Härtegrad und dessen Verarbeitbarkeit, woraus sich die wirtschaftliche Verwertbarkeit unmittelbar ergab. Wir besaßen etwa 150 verschiedene verschiedene Granitblöcke. In diesen hatten wir auch sogenannte „Handstücke“ im Besitz von derselben Größe wie die Blöcke, nur roh, aber vollständig mit einem Hammer angeschlagen, so daß wir also das Gebe-

Wider Erreichte entgegenzutreten, so über sie doch noch über Nacht und der Art ihrer Organisation eine gewisse Bedeutung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks. In dem der Bundeskongress die „Lehr- und Lehrlinge“ vertritt, erklärt er gleichzeitig an, daß die Interessen der Lehrlinge gegen Angriffe durch einzelne Streiks geschützt werden müssen. Die wirtschaftliche Förderung von Produktionsmitteln — ist es durch oder durch Umstände resp. Verhältnisse von Arbeiterkreisen — wird als Hauptaufgabe von den Gewerkschaften betrachtet. Streiks sowohl wie Ausparaden in Gewerben von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung erfordern eine Beschränkung der Arbeitszeit und des Wohl der Beschäftigten oder einzelner Beschäftigten. Die Vermeidung solcher Streiks und Ausparaden ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, des Arbeitgebers und der Arbeiter und Angestellten sich gegenseitig zu unterstützen, mit dem in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Dienstverhältnissen rechtzeitig zu verhandeln und für sachgemäße Durch- führung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind für ihre Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bemüht und stellen es für sich selbst, daß in solchen Betrieben Arbeitsverhältnisse nicht entstehen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaften ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben. Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit sind in der Sache des Arbeitgebers Schutz der Allgemeininteressen gegen unverhältnismäßige Streik- ausparaden selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch welche Streikmaßnahmen erforderlich werden die Maßnahmen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundeskongress den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, streng gewerkschaftliche Maßstäbe zu legen und den Aufforderungen un- verantwortlicher und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu widerstreitenden und sinnlosen Beschäftigungsaktionen energischen Wider- stand zu leisten.

Zum Verbandstag.

Wie immer, so habe ich auch diesmal mit großem Interesse die ver- schiedenen Anträge zum Verbandstag verfolgt. Neben doch die An- träge der einzelnen Zählstellen stets ein gutes Spiegelbild von dem Interesse der Kollegen an dem weiteren Ausbau unseres Verbandswesens, und ich würde allen Antragstellern das Recht zu, das Wort für die All- gemeinheit zu wahren. Zu einigen Anträgen will ich nun meine Mei- nung äußern.

Zunächst der Antrag 1. „Wohlfahrt“, „keine Beitragserhöhung, denn das wäre die Höhe.“ Mein, umgekehrt, solcher Antrag das ist wirklich die Höhe. Oder haben sich die Kollegen in Wohlfahrt nur einen kleinen Schutz erlauben wollen? Auch im neuen Tarifvertrag müssen wir, um unsere wirt- schaftliche Lage zu verbessern, noch härtere Kämpfe führen. Und um einen Kampf führen zu können, braucht man außer der Begeisterung auch noch finanzielle Mittel. Daß nun bei den heutigen abnormen Ver- hältnissen unsere bisherige Streitunterstützung viel zu gering ist, dürfte doch wohl jedem Kollegen einleuchten. Deshalb halte ich die vom Vor- stand vorgeschlagene Beitragsform für angemessen, denn mit diesen sechs Beitragsklassen kann man allen Lohnklassen gerecht werden. Nur bei zeitgemäßer Beitragsstellung können wir im gegebenen Fall eine der Zeit entsprechende Unternehmung bewerkstelligen. Die Mittel zum Kampf bedingen den Sieg!

Nun zum Antrag 4. Schwarzengrund o. S.: „Sämtliche Vor- standsmitglieder und Gauleiter müssen zu II. S. übertritten um.“ Die Vorgänge im Metallarbeiter-Verband haben schmerzliche Schule gemacht. Welche praktischen Erfolge man dort erreicht werden, müssen wir nun erst mal abwarten. Jedemfalls ist es falsch, die Gewerkschaften zum politischen Lummelplatz zu machen. Die Zerschlagung der sozial- demokratischen Partei hat dem deutschen Proletariat ungeborenen Schaden gebracht. Wäre man sich nach dem 9. November 1918 einig geworden, hätte man ganz bedeutende Vorteile und Verbesserungen für die Arbeit- lerschaft erzielen können. Aber nein! Man hat sich als Menschen einer Klasse gegenübergestellt. Man hat die Köhnen Lehren unseres großen Karl Marx in der Presse und in den Versammlungen be- nutzt, aber nicht danach gehandelt, sondern leichtfertig weiter — gepöbel- tet. Ich schrieb schon vor längerer Zeit einem mitführenden Kollegen folgen- den Vers in das Tagebuch:

E. N. D., U. S. P. und R. N. D.
Zum Ueberflus noch Sporkohls.
Jede Richtung mit zwei Häufel,
Und die Reaktion steigt hoch in den Wäuel.
Der Kollege wollte es nie nicht so recht glauben. Dort gab mir der 13. März leider allzu recht. In dieser Stunde der höchsten Not richteten sich nur die drei Parteien: die Brüderhand und schworen den Müllschaur. So die ganze Kraft des gesamten Proletariats ver- einigt, war es ein Kinderpiel, die „Kapp-Putsch-Regierung“ nieder- zuringeln. Aus diesem Vorgang können wir unendlich viel lernen. Und Kollegen, was wir auf politischem Gebiet nach dem Krieg alles erlebt haben, wollen wir uns als klar denkende Menschen in unseren Gewerks- schaften erproben. Lassen wir die Politik aus der Gewerkschaft heraus, es wird uns ja in der Partei genügend Raum geboten. Natürlich bin auch ich der Meinung, daß nur die Besten an die Spitze gehören, den- noch ist es nicht abgemacht, damit der Baum keinen Schaden leidet. Fehler, die gemacht wurden, werden in Würzburg zur Sprache kommen und dort kann man auch neuen Fehlern vorbeugen.

Als Gewerkschaftsführer brauchen wir eben Männer mit reichen, praktischen Erfahrungen, gesundem Weltbild und unabhingigem festem Charakter, die das Gesamtwohl der Kollegen als höchste Aufgabe be- trachten.
Soweit ich nun die Tätigkeit unseres Zentralvorstandes verfolgt habe, kann ich wohl behaupten, daß derselbe den gegebenen Verhält- nissen stets Rechnung getragen, und alles getan hat, was dem Wohl der Allgemeinheit dienen konnte. In den Gewerkschaften ist kein Raum für überhandnehmende Bürokratie, hier wollen wir praktische Arbeit leisten! Zu den Delegierten des Verbandstages habe ich das Vertrauen, daß sie alle bereit sind von dem Bestreben, in Würzburg das Beste für den Verband zu leisten, neue Wege zu finden, um unsere Organisation weiter auszubauen und solche unsinnigen Anträge, wie vorstehend ange- führt, nicht abzugeben.
Stettin. Gust. Franz.

Aus den Zählstellen.

Essen. Am 1. Februar fand hier im Restaurant „Zum Krakobill“ die vom Bezirksleiter Hatz einberufene Bezirkskonferenz bei reger An- teilnahme statt. Vertreten waren die Zählstellen Essen, Weimar, Ham- burg-Freiburg, Gießen, Gera, Grawinkel, Arnstadt, Ettenach, Götting, Langensalza, Oberdorf, Mühlhausen, Treffurt, einzelne Zählstellen konnten wahrnehmlich infolge der schlechten Anverbindung nicht er- scheinen. Tagesordnung war: Bezirksbericht, Bezirksrat, Anträge zum Verbandstag, Bericht über den Bezirksleiter. Der Bezirksleiter hielt einen Bericht über seine Tätigkeit. Eine besondere Aussprache entspann sich über die drei Punkte, die der Bezirksleiter durch ein Rundschreiben im ver- gangenen Jahre an die Zählstellen ergeben lies, die Klärung und der Gedenkausdruck darüber waren von den Zählstellen sehr verschieden. Zum „Bezirksrat“ legte der Bezirksleiter eine neue Ausarbeitung vor, die in den Grundzügen dem Reichsstatut angepaßt war. Nach kurzer Debatte wurde die Ausarbeitung mit einigen Änderungen angenommen. Zum 3. Punkt brachten die Delegierten die aus den Zählstellen zum Verbandstag vorgelegenen Anträge zur Sprache, aus welchen klar und deutlich hervorging, daß unsere ganzen Verbands- einrichtungen sehr verbesserungsbedürftig sind und unbedingt dem Gang der Zeit entsprechen müssen, weshalb auch sämtliche Anträge lebhaft Unterstützung seitens der Konferenz fanden. In Verbindung wurde die Statuten-Überprüfung seitens der Verbandsleitung genehmigt, indem laut Statut Anträge zum Verbandstag bis 8 Wochen vor Stattfindung des Verbandstages eingereicht werden können, während diesmal schon 11 Wochen vorher die Annahme von Anträgen geschlossen werden soll. Ferner wurde die einstellige Schreibweise des „Steinarbeiter“ einer energien Kritik unterzogen, und der Druck (?) in einem arbeiterfreund- lichen Unternehmen erwogen. Nachdem dankte Kollege Jipf im Na- men sämtlicher Delegierten den Kollegen Erfurts für die wohlvorbe- reitete Aufnahme.

Hildesheim. Am 30. Januar tagte im Gewerkschaftshaus zu Gäs- tigkeit unsere Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Kassenericht, Bericht über die Tarifbewegung und Beschäftigung.

Die Besprechung wurde vom Kassierer geleitet und von den Redatoren als sachlich befriedigend. Bei der Besprechung blieb alles beim alten, nur wurde der Kassierer durch die Zeit des Kassierer Schiller wieder arbeits- tätig. Als Kassierer wurde der Kassierer gewählt. Kollege Senft, der ebenfalls war, gab einen kurzen Überblick über unsere Tarifbewegung. In Verbindung wurde zum Verbandstag Stellung ge- nommen und zwar sollen folgende Anträge gestellt werden: 1. Die Erhöhung der Lohnsätze in Striegau zu nehmen. 2. Bei einer etwaigen Erhöhung der Gewerkschaftsunterstützung auf min- destens 2.— M. zu erhöhen. Es wurden hierauf noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt.

Jena. Am Sonntag, dem 1. Februar, fand unsere Gene- ralversammlung im „Bräunlichen Hof“ statt. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung sind es immer dieselben Kollegen, die fehlen. Der Kas- sierer gab den Kassiererbericht vom 4. Quartal. Kaffe und Bäche sind in besserer Ordnung. Bei der Besprechung der Ortsverwaltung wurde 1. Vor- sänger: Konrad Schilling, 2. Kassierer: Michael Deibel, Schriftführer: Bernhard Homann, Kassierer: Edmund Brand und Robert Schilder. Im 3. Punkt wurde von der Schlichtungsaussch- üßung in Abtungen berichtet und ferner der Schlichtungsaussch- üßung zu der Teuerungszulage des fränkischen Wirtschaftskreises. Der Schlichtungsbericht wurde angenommen. Kollege Neukirch erstattet Bericht von der letzten Karnevalfeier. Doch am letzten Samstag jedes Monats eine Sprechstunde in Dörfelstraße zum Arbeiterkreis aus Würz- burg stattfindend soll, wurde sehr begrüßt. Die Karnevalfeierhöhung auf 3 Prozent wurde angenommen. Im Punkt „Beschäftigung“ wurde lebhaft debattiert. Nach 30 Kollegen sind schon bis zu 5 Wochen und länger arbeitslos.

Der Termin der Betriebsratswahlen

Durch die Wirren der verflochtenen Lage sind die Wahlen zu den Betriebsräten vielfach verzögert worden. § 102 des Betriebsratsgesetzes bestimmt, daß die erste Wahl spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzutreten ist. Diese Frist ist mit dem 22. März abgelaufen. Das hat in den beteiligten Kreisen Anlaß zu einer gewissen Beunruhigung gegeben. Demgegen- über wird von dem Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß der Frist nach § 102 genügt ist, wenn nur in der Zeit bis zum 22. März der Wahl- vorstand bestellt worden ist. Das dürfte überall geschehen sein.

Berlin. Beranmlung am 18. Januar im Gewerkschaftshaus. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Verhandlung mit den Unter- nehmern zwecks Teuerungszulage; Vortrag des Kollegen Winkler über Arbeit und Arbeitslohn. Der verstorbenen Kollege Heim wurde in üblicher Weise geehrt. Kollege Damann erstattet Bericht über die Ver- handlung. Unsere Forderung wurde von 50 M. auf 45 M. pro Woche herabgesetzt, um die Verhandlung nicht scheitern zu lassen. Die Unter- nehmer erklärten sich außerstande, weitere Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlung steht bis zum 22. Januar als gescheitert an und brachte ihre Auflösung über die Angelegenheit in einer Reso- lution zum Ausdruck. — Am 22. Januar fand erneut Beranmlung statt mit derselben Tagesordnung. Kollege Winkler hielt seinen Vortrag. Die Diskussion dagegen mußte unterbrochen werden, da inzwischen das Ver- handlungsergebnis eingelaufen war. Kollege Firkle gab das Resultat bekannt, für männliche Arbeiter 70 Pf., für weibliche 50 Pf. pro Stunde ab 23. Januar 1920 zu gewähren. Lehrlinge sollen einen pro- zentualen Teuerungszulage erhalten. Den Hilfsarbeitern wurden keine Zugeständnisse gemacht. Die Unternehmer erklärten, dies sei eine „Saage“ für sich, da diese nicht im Tarifverhältnis stehen. Die Ver- sammlung lehnte das Angebot einstimmig ab, weil die Rückwirkung nicht vom 2. Januar vorgehen war, auch die Annullierung des Schlich- tungsausschusses wurde abgelehnt mit der Begründung, daß vom Ber- liner Schlichtungsausschuss nichts Annehmbares zu erwarten sei und die Angelegenheit nur verschleppt würde. Eine geheime Abstimmung über Streik oder Nichtstreik ergab 111 gegen 360 für den Streik, 6 Stimmen unglücklich. Somit war mit 8 Stimmen über 2/3 Majorität der Streikbeschluss vorhanden. Es wurde dann noch beschlossen, am Freitag, dem 23. Januar, jedem einzelnen Unternehmer die Forder- rung vorzulegen. Wo diese nicht zur Annahme gelangt, sofort die Arbeit ruhen zu lassen. Weiter wurde beschlossen, daß diejenigen Kol- legen, die die Forderung bewilligt bekommen, die Teuerungszulage von 45 M. pro Woche für die streikenden Kollegen abzugeben haben, außer der Sektion III, die selbst entscheidet, in welcher Höhe eine Beihilfe von ihnen in Frage kommt.

Am 23. Januar traten dann bei den nicht bewilligenden Firmen alle Beschäftigten in den Streik. Nach acht Tagen Streikdauer haben sich die Unternehmer gezwungen, eine Verhandlung anzubahnen, deren Resultat war, daß die Unternehmer 90 Pf. pro Stunde Teuerungszu- lage für sämtliche Arbeitnehmer bewilligten, rückwirkend ab 2. Januar 1920. Auch den Lehrlingen wurde ein prozentualer Teuerungszu- lage gewährt. Eine Beranmlung der Streikenden beschloß mit 254 gegen 8 Stimmen das Angebot anzunehmen und am Montag, dem 2. Februar, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Auch die am 1. Februar tagende Vollversammlung war einstimmig der Meinung, daß das Resultat befriedigend sei, und sieht dies als einen Erfolg an, der nur durch das Zusammenhalten der Kollegenchaft und ihre Opferwilligkeit erzielt wurde, auch die arbeitslosen Kollegen haben ihr Bestes dazu beigetragen.

Hildesheim. Da hier am Ort nur eine kleine Zählstelle ist mit wenig Mitgliedern und wir auch kein Agitationsfeld haben, so sind wir immer auf unserer Mitgliederzahl stehen geblieben. Dem Kollegen O. Wehring, der die Zählstellengeschäfte nach der Rückkehr vom Militär übernommen hatte, sind für das kommende Jahr wieder übertra- gen worden. War doch selbiger immer bemüht, den Lohn für die hiesigen Steinmetzen einigermaßen hochzubringen, so auch jetzt bei unserer letzten Forderung. Wir hatten 3.40 M. gefordert, leider aber nur 3.25 M. rausgeschlagen können. Es wurde von den Meistern vorge- schlagt, daß wir mit unserem jetzigen Lohn am höchsten hier in der Gegend wären. U. a. wurde hingewiesen auf die Wohn- in Erfurt und Um- gegend, wo wir meist unter Material herkommen. Die Kopfpulage, die von der Arbeitsgemeinschaft in Berlin beschlossen worden war, haben wir abgelehnt, wie die meisten Gewerkschaften am Ort. Hoffen wir, daß die künftigen Lohnbewegungen einheitlich geregelt werden für ganz Thüringen, wie es in Erfurt am 1. Februar auf der Bezirkskonferenz beschlossen wurde.

Leipzig. Am 10. Februar fand unsere aufgeschobene Monatsver- sammlung statt. Die Beranmlung erklärte sich mit den Vorschlägen der Tarifkommission einverstanden. Nur verlangten die Kollegen bei Ausführung von Akkordarbeit 25 Prozent mehr garantiert, als der je- weilige Stundenlohn beträgt. Kollege Lempel stellte den Antrag, daß den Kollegen, die 1 Jahr im Betrieb beschäftigt sind, 5 Tage, im 2. Jahr 6 Tage, und wenn die Beschäftigung länger dauert, 14 Tage Ferien zu gewähren sind. 5 Anträge wurden von der Zählstelle Leipzig zum Verbandstag gestellt. Unter Gewerkschaftlichen wurde der Hin- terbleiben der verstorbenen Kollegen Taubner 75 M. gewährt. Kol- lege Duad stellte den Antrag, daß die arbeitslosen Kollegen eine Kom- mission unter sich wählen, die sich nach reparaturbedürftigen Häusern Bauten umschließt und das Ergebnis dem Kollegen Staudinger übermittel- ter es dem Stadtverordneten-Kollegium unterbreiten soll. Für die ökonomischen Gewerkschaftsangelegenheiten wurden 43.50 M. gesammelt. Am 12. Februar gab der Vorsteher einen kurzen Bericht über die Verhand- lungen in Dresden und legte dar, warum diese nicht beendet wurden. Die Zählstelle Leipzig verurteilt die geschäftliche Handhabung, wodurch dem Verband unnütze Geldkosten verursacht werden. Im weiteren for- dert die Kollegen, daß die Teuerungszulagen getrennt vom Stunden- lohn gehalten werden.

Ende Februar fand ebenfalls eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Bezirkskonferenz in Dresden, in der die Unternehmer die Teuerungszulagen pro Kopf und Woche (Brot und Kartoffeln) ablehnten und diese in Stundenlohn un- gerechnet haben wollten. Der Stundenlohn beträgt in der letzten Woche im Februar 4.20 und vom 1. März an 4.30 M. Auf den Akkord- tarif 350 Prozent Zuschlag. Die Beranmlung nahm dieses gegen

eine Stimme an. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Arbeits- nachweis. Beschlossen wurde, die Konferenz mit 4 Wochen auf 14 Tage herabzusetzen. Unter Gewerkschaftlichen gab Kollege E. m. e. l. einen Bericht von der Tätigkeit als Bauarbeiter-Delegierter. Als Dele- gierte in diese Kommission wurden Kollege Semmel und Krah wieder- gewählt. Für den ausstehenden Kollegen Herrmann aus der Tarif- kommission wurde Kollege Semmel gewählt. Der Vorstand wählte dem ausstehenden Kollegen Herrmann in Anerkennung seiner Tätig- keit herzliche Abschiedsworte. Möge er in seinem neuen Wirkungskreis ebenso erfolgreich wirken wie hier.

Immenhagen. Am 1. Februar hielt die hiesige Zählstelle ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Kassierer, Kollege Klein, Kas- senericht erstattet hatte, wurde ihm für die musterhafte Durchführung Entlohnung erteilt. Sodann berichtete der 1. Vorsitzende, Kollege Schra- ber, über die Schlichtungsausschussverhandlungen in Offenburg. Der Schlichtungsausschuss in Offenburg entschied, daß für unsere Bezirke, Süd- und Mittelbaden, der Bezirksrat für Nordbaden maßgebend ist, mit Maßwirkung vom 1. Januar 1920. Darnach erhalten Bau- arbeiter pro Stunde 2.40 M., Hilfsarbeiter 2.10 M. bzw. 2.— M. An- sprüche wurden und mit Recht, daß in dem Bezirksrat für Nord- baden die Steinmetzen erst in der zweiten Lohnklasse stehen, also nicht zu Hocharbeitern zählen, oder sind Steinmetzen (Klostersteinbauer) keine Hocharbeiter? Sämtliche Redner sprachen für die Annahme des Schlich- tungsbeschlusses und wurde derselbe auch allgemein angenommen, unter der Be- dingung, daß eine weitere Teuerungszulage ab 1. März gewährt wird. Bei der folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden der Schriftführer und die Kassierer neu gewählt. Kollege Schraber machte auf den anfangs Mal stattfindenden Verbandstag, erst, auf die Wahl eines Dele- gierten, aufmerksam und ist der Ansicht, daß sich unsere Zählstelle dem Bezirk Freiburg anschließen solle, auch wünschte er eine Erhöhung der Streitunterstützung. Kollege Klein verwahrte die bisher ständige Streitunterstützungssache und trat für Erhöhung derselben ein. Alle Red- ner verlangten, daß mehr Prozente in den Lohnklassen verbleiben, denn durch die andauernden Lohnverhandlungen, Schungsgelder, Entschädi- gung usw. entstehen immer größere Ausgaben. Der Verbandstag wird Gelegenheit haben, sich eingehend mit diesem Punkt zu beschäftigen. Allerdings müssen auch die Kollegen mit einer Neuordnung der Bei- träge rechnen, denn wo Rechte sind, gibt es auch Pflichten. Kollege Firkle stellte den Antrag, daß die Deregierung es den Betreibern zur Auf- gabe macht, Teuerungszulagen zu zahlen. Sodann verwarf Kollege Duad auch, daß ältere Arbeitnehmer in den Schlichtungsausschüssen als Beiführer fungieren. Diese Leute hätten nicht das Verständnis (?) für die heutige Lage der Arbeiter wie die Leute. Kollege Schraber schloß dem bei. Einige Wünsche in den Betriebsverhältnissen sollen bei der nächsten Betriebs-Ausschussung vorgebracht und entschieden; auf Abhilfe hingewirkt werden. Unter sehr reger Diskussion, bei der es aber einige Kollegen abfuhr nicht fertig bringen können, auf dem Boden der Sachlichkeit zu bleiben, sondern sich immer persönlich anzupersonen, schloß der Vorsitzende mit einem Appell, auch in diesem Jahre fest zu- sammen zu stehen, die interessant verlaufene Beranmlung, hervor- gehoben sei noch, daß in unserem Betriebe sämtliche Arbeiter dem Steinmetzenverband angehören, und daß kein Kollege mit seinen Bei- trägen im Rückstand ist.

Randersacker. Am 1. Februar tagte eine Beranmlung betreffs Beranmlung und Abstimmung über den Schlichtungsbeschluss des Schlichtungs- ausschusses vom 28. Januar. Dieser Schlichtungsbeschluss wurde von den Kol- legen lebhaft diskutiert, weil die Stundenlöhne nach den Zeitverhält- nissen viel zu niedrig seien, es kommen nur 13—14 Prozent Erhöhung heraus. Der Stundenlohn müsse unbedingt zu jetziger Zeit 3.20—3.50 Mark sein. Auch auf den Akkordtarif sind 25—35 Prozent viel zu niedrig, da mindestens 70—80 Prozent benötigt werden. Auch die Beschäftigung der Kassierer, Brecher und Hilfsarbeiter sind sehr niedrig, denn kein einziger Bauarbeiter wird mit 1.80—1.90 M. pro Stunde zugerechnet, auch sie müssen ihre Lebensmittel und Kleidungsmit- tel zu teuer kaufen wie die anderen Arbeiter. Die Kollegen von Ran- dersacker lehnen den Schlichtungsbeschluss ab, denn bei dieser Denkmalsarbeit können die Unternehmer mehr zögeln. Es wurde auch lebhaft debattiert über die Haltung des Bauleiters. Auch die Zentralkommission solle auf- schreibe den Unternehmern entgegenzutreten. Unsere Kollegen können nicht verstehen, warum es bei anderen Berufsorganisationen besser vorwärts geht mit den Stundenlöhnen, da verschiedene Berufe bereits den doppelten Lohn haben als wir Metallarbeiter. Die Unter- nehmer schämen bei jeder Verhandlung vor, daß unser Verus nur für einen gewissen Luxus arbeite in der jetzigen Zeit und daß wir uns infolge dessen nicht nach den Löhnen anderer Berufe richten können. Aber unsere Kollegen sind anderer Meinung, wenn auch zuzugeben ist, daß die Denkmalsarbeit jetzt als Luxus gewertet wird, so liegt aber Luxus nicht die Verpflichtung, zu Hungerlöhnen zu arbeiten, denn Luxus wird immer noch entsprechend bezahlt. Die Arbeitgeber wissen das und besser wie wir, sie stellen die gute Beziehung ein und kommen den Arbeitern mit hohen Ausreden. Sie wundern sich denn noch, wenn die Arbeiter sich andere Beschäftigung suchen. Darum wird es wirklich Zeit, mehr Energie den Arbeitgebern zu zeigen.

Rundschau.

Paul Biewig gestorben.

Kurz vor unserem Blattschluß erhalten wir die telegraphische Nach- richt, daß unser Gauleiter vom 4. Gau Paul Biewig, Hannover, verschieden ist. Jenen, die unseren Freund kannten, kommt die Todes- nachricht nicht überraschend, denn Biewig war schon lange krank und mit bewundernswürdiger Energie hat er sich aufrechterhalten und seine- mutes gemacht. Der Tod hatte schon lange seine Hand nach ihm aus- gestreckt, denn die Veruskrankheit, die seitliche und unerlösbare Gefühl der Sandsteinmetzen hat ihn zum Verfall gebracht und nun aus dem Organisationsleben, seinem Element, herausgerissen und wo- etwas herausgerissen wird, entsteht immer eine schmerzliche und fäh- bare Lücke.

Biewig fand nach Beerdigung seiner Leiche sehr schnell den Weg zur Organisation. Nachdem er dem Wandertrieb seinen Tribut gezollt und im In- und Auslande sein Wissen und Können bereichert hatte, gewann er nach seiner Eckhäftmachung in P. r. n. a. und G. e. n. i. k. h. bald führenden Einfluß im Organisationsleben. Den älteren Kollegen wird sein Wirken für die Umwandlung der alten Organisation in die Verbandsgestalt nach in Erinnerung sein (1890—1902). Als vorzüglicher und schlagfertiger Redner wirkte er den Beranmlungsteilnehmern, ob politisch oder gewerkschaftlich, immer etwas zu sagen; sein Wissen war groß, seine Auffassungsorgane hell. Im Juli 1906 wurde Biewig im untern Verband als Gauleiter angestellt mit dem Sitz in Hannover. Sein Wirken machte sich dann recht schnell bemerkbar; besonders beim gemeinsamen Verhandeln mit den Arbeitgebern erlähnen unsere Kol- legen die wirksame Stütze. Große Achtung hat er sich im Laufe der Jahre erworben, bei Freunden und Gegnern.

Paul Biewig hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht; durch sein Wirken hat er sich in unserem Verbands ein bleibendes Denkmal gesetzt und wer eint die Geschichte unserer Organisation zu schreiben hat, wird immer wieder auf seinen Namen stoßen. Uns trübt der Verlust ebenso schmerzhaft wie seine Familie, die nun trauernd einen jüngeren Mit- glieden benennen. Deshalb bleibt der Verdienst uns unentgeltlich, sein Name gilt als einer der Besten im Organisationsleben der Eisenarbeiter Deutschlands.

Bereinbarung für das Baugewerbe. Am 31. März und 1. April haben in Hannover unter Leitung des Gauleiters H. r. e. i. t. a. u. r. a. die Verhandlungen für das Baugewerbe stattgefunden, da die bisherigen Tarifverträge nur bis zum 31. März d. J. Gültigkeit hatten. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände, die Zimmerer vornehmlich der Zusam- menfassung ihres Verbandstages erklärten sich damit einverstanden, die Be- reinernden Verträge bis 30. April verlaufen zu lassen unter der Vor- aussetzung der Gewährung einer Mindestlohnzulage ab 1. April und der weiteren sofortigen stillen Lohnregelung. Die Arbeitgeber wollten anfangs der Verhandlungen nur ganz geringe Lohnzulagen, dann aber auch nur geringe nach vier Wochenfrist bewilligen, so daß am Abend des ersten Verhandlungstages die Aussicht auf eine friedliche Lohnregelung völlig gesunken war. Durch weitere Verhandlungen am zweiten Tage ist nachstehende Vereinbarung zustande gekommen:

